

# NZZ am Sonntag

## Zürich

### Die Stadt hat eine bessere Regierung verdient

Der Zürcher Sicherheitsvorsteher Richard Wolff hat sich während dreier Jahre nicht von der Zuständigkeit für ein besetztes Stadtareal entbinden lassen, auf dem seine Söhne verkehren. Zu dieser grotesken Fehleinschätzung konnte es nur kommen, weil der Stadtrat untätig blieb; es wäre problemlos möglich, Wolff in ein anderes Departement zu versetzen. In der Zürcher Exekutive ist Führungsstärke keine verbreitete Eigenschaft. Stadtpräsidentin Corine Mauch hält inzwischen zwar weniger zähe Reden als am Anfang ihrer Amtszeit – eine Leaderin ist sie aber nicht. Die grösste Stadt des Landes wird von einem Gremium regiert, das über das Verwalten nicht hinauskommt. Die Politik Elmar Ledergerbers, die den Bau von Wohnraum für den Mittelstand vorantreibt, verlieh Zürich einen Schub – Gutverdienter wurden in die Stadt gelockt. Ledergerber ist seit 2009 nicht mehr im Amt. Nun muss man mitverfolgen, wie lustlos sich die Exekutive müht, ein Kongresshaus in der Stadt hochzuziehen – bis jetzt ohne den geringsten Erfolg. Der Stadtrat zelebriert links-grüne Behaglichkeit mit Genossenschaftswohnungen, Veloweg-Optimierungen und der Hätschelung von Hausbesetzern. Auf ambitioniertere Projekte wartet man vergeblich; im Krisenfall schleicht man sich aus der Verantwortung. Zürich hat eine bessere Stadtregierung verdient. (be.)

## Deutschland

### Der Vizekanzler nimmt den Kampf gegen die Kanzlerin auf

Fast ein Jahr vor der Wahl in Deutschland ist der Kampf lanciert: «Herr Gabriel könnte nächste Woche Kanzler sein», sagte am Freitag Dietmar Bartsch, Fraktionschef von Die Linke. Das klingt zunächst absurd, aber SPD, Grüne und Linke haben im Bundestag tatsächlich die Mehrheit, könnten also die Vertrauensfrage stellen, Angela Merkel stürzen und Sigmar Gabriel zum Kanzler machen. So löste Helmut Kohl einst Helmut Schmidt ab. Dass sich dies wiederholt, ist unwahrscheinlich. Doch der vermeintliche Thronfolger schwieg auffallend. Gabriel hätte erklären können, dass er nie Hand böte für einen solchen Coup, er hätte sich loyal zu jener Frau stellen können, mit der er seit 2013 die Regierungsverantwortung teilt. Er tat es nicht. Kürzlich nahm er sogar an Sondierungsgesprächen von SPD, Grünen und Linken teil. Eine grosse Koalition beginnt damit, dass Politiker, die sich bis zum Wahlabend bekämpft und oft beschimpft haben, zusammenspannen müssen. Dann arbeiten sie mehr oder weniger gut miteinander. Rücken die Wahlen näher, müssen sie sich wieder bekämpfen. Gabriel hat jetzt damit begonnen. Von nun an können wir teilhaben an der Verwandlung des Vizekanzlers zum härtesten Kritiker der Kanzlerin. (dme.)

## Schweizer Post

### Das ist Service public!

Die Post will in den nächsten Jahren bis zu 600 Poststellen schliessen und durch Agenturen in Läden, Kiosken oder Tankstellen ersetzen. Auslöser war die Einsicht von Post-Chefin Susanne Ruoff, dass die heutigen Bedürfnisse der Kunden zunehmend im Widerspruch zum bestehenden Angebot stehen. So schliessen etwa in einem grossen Stadtzürcher Quartier immer noch die Schalter jeweils über Mittag für zwei Stunden. Das ist eine Einladung an die privaten Konkurrenten, Marktanteile zulasten der Post zu gewinnen. Der jetzige Schritt ist deshalb überfällig und das obligate Wehklagen über einen angeblichen Abbau des Service public fehl am Platz. Man muss der Chefin des Unternehmens vielmehr zurufen: Weiter so, Frau Ruoff! (fem.)

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

# Dem Schweizer Mittelstand geht es ausgezeichnet

Die Einkommen sind hierzulande gleichmässiger verteilt als in den meisten entwickelten Ländern. Das ist vor allem auch eine Folge des flexiblen Arbeitsmarktes, meint **Christoph A. Schaltegger**

Der Mittelstand gerät zunehmend unter die Räder! Die Klage ist populär, hat mit der Realität allerdings nichts zu tun. Dem Mittelstand geht es gut. Eine vom Bund initiierte Mittelstandsstrategie ist unnötig.

Trotz weitreichenden strukturellen Veränderungen entwickelt sich die Verteilung der Markteinkommen in der Schweiz überaus stabil. Berücksichtigt sind hier alle Einkommen aus Erwerbstätigkeit, aus Vermietung und aus Vermögen. Und das Ergebnis ist bemerkenswert: In der Schweiz garantieren die Marktkräfte im Rahmen der Sozialpartnerschaft bereits eine breite Streuung der Einkommen. Trotz tiefgreifenden Herausforderungen seit den neunziger Jahren ist keine wesentliche Veränderung der Einkommensverteilung zu beobachten. Die Schweiz gehört zu den OECD-Ländern mit der am stärksten ausgeprägten Gleichverteilung der Markteinkommen.

Noch bemerkenswerter ist das Ergebnis, wenn man die demografischen Veränderungen bedenkt. Haushalte im Ruhestand erzielen geringe Markteinkommen. In einer alternden Gesellschaft nehmen stattdessen die Einkünfte aus den gesetzlichen Rentensystemen zu, welche nicht zu den Markteinkommen gezählt werden. Das heisst, eine alternde Gesellschaft hätte eigentlich einen natürlichen Trend zur stärkeren Ungleichheit der Markteinkommen – was offenbar in der Schweiz durch die Marktkräfte und die Sozialpartner kompensiert wird.

Mit einer Staatsquote von über 30 Prozent greift die Schweiz in vielfältiger Weise in die Einkommensverteilung ein. Dies geschieht über das Steuersystem, die staatlichen Sozialversicherungen und über Zwangsabgaben. Im Ergebnis sind die Einkommen nach Steuern und Abgaben in der Schweiz bemerkenswert gleich verteilt. Im internationalen Vergleich reduziert das Steuer- und Transfersystem die Ungleichheit zwar unterdurchschnittlich. Weil aber bereits die Markteinkommen äusserst gleich verteilt sind, bleiben

die verfügbaren Einkommen trotzdem überdurchschnittlich gleich verteilt.

Auch wenn man den Fokus stärker auf die mittleren Einkommen legt, bleibt das Ergebnis bestehen. Es gilt für die Einkommensgruppe, die zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens verfügen. Medianeinkommen heisst: Die Hälfte der Bevölkerung verdient mehr, die andere weniger. Das Ergebnis gilt aber auch, wenn man das Verhältnis der 20 Prozent höchsten zu den 20 Prozent tiefsten Einkommen analysiert. Und es gilt auch, wenn man die Polarisierung zwischen den Einkommenschichten betrachtet.

Könnte es sein, dass die Lage des Mittelstands zwar durchaus robust ist, aber die oberen Einkommen sich immer weniger solidarisch zeigen? Nein. Seit 1945 bleiben die Einkommensanteile des obersten 1 Prozents der Bevölkerung vor und nach Steuern in engen Bandbreiten. Diese Entwicklung ist umso eindrucklicher, wenn man den Ver-

gleich mit den USA heranzieht. Dort sind die obersten Einkommensanteile seit den achtziger Jahren markant angestiegen. In der Schweiz, wo die Einkommenskonzentration in den Nachkriegsjahren deutlich höher war, ist sie gesunken und liegt heute deutlich tiefer als in den USA.

In diesem Zusammenhang wird oft auch die Frage der Mobilität der Einkommenschichten diskutiert. Auch wenn die Datenlage für die Schweiz noch ausbaufähig ist, deuten die Resultate auf intakte Aufstiegschancen hin. Ein Schlüsselfaktor dürfte das Bildungssystem sein, mit seinen zunehmend durchlässigen Bildungswegen.

Ist die beklagte Erosion des Mittelstands also eine Illusion? Tatsächlich wurde im internationalen Vergleich festgestellt, dass die tatsächlich gemessene und die subjektiv gefühlte Ungleichheit nichts miteinander zu tun haben. Die Deutschen verorten beispielsweise die Mehrheit der Bevölkerung in der untersten Schicht, während sich die Schweizer als eine klassische Mittelschichtsgesellschaft fühlen. Das scheint überraschend, sind doch die verfügbaren Einkommen in beiden Staaten in Wahrheit fast gleich verteilt. Doch die Verteilung in Deutschland und der Schweiz kommt auf sehr unterschiedliche Art und Weise zustande. In der Schweiz sind bereits die Markteinkommen relativ gleich verteilt, in Deutschland wird mehr staatlich umverteilt. Dass die Schweizer für einen grösseren Teil ihres Einkommens selbst verantwortlich sind, scheint die subjektive Einschätzung über Verteilungsgerechtigkeit positiv zu prägen.

Die verbreitete Klage über eine Erosion des Mittelstands ist ein Mythos. Dem Schweizer Mittelstand geht es gut. Damit dies so bleibt, gilt es der Flexibilität des Arbeitsmarktes Sorge zu tragen. Eine hohe Erwerbsbeteiligung sichert eine breite Verteilung der Wohlstandsgewinne und ist damit entscheidend für einen moderaten Umverteilungsbedarf und die gefühlte Verteilungsgerechtigkeit.

### Christoph A. Schaltegger



Christoph A. Schaltegger, 44, ist Professor für politische Ökonomie an der Universität Luzern und seit 2015 Gründungsdekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Er habilitierte sich 2009 an der Universität St. Gallen. Mit St. Gallen ist er heute noch verbunden, als Direktor am Institut für Finanzwissenschaften und Finanzrecht.